



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 4. April 1889.

Nr. 159.

Preussische Klassen-Lotterie.

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 3. April. Bei der heute fort
geführten Ziehung der 1. Klasse 180. Königlich
preussischer Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-
Ziehung:
3 Gewinne von 3000 Mark auf Nr. 15823
117413 170534.
1 Gewinn von 1500 Mark auf Nr. 142786.
3 Gewinne von 500 Mark auf Nr. 11205
96666 100548.
3 Gewinne von 300 Mark auf Nr. 32553
48711 142759.

Boulanger als Flüchtling in Brüssel.

Boulanger hat also wirklich allen Ernstes
das Hasenpanier ergriffen. Das Hauptboulanger-
blatt, „La Presse“ bringt einen vom De-
putierten Laguerre geschriebenen Artikel, in wel-
chem eingestanden wird, daß Boulanger „auf
das dringende Anrathen seiner Freunde“ das
Land verlassen hat. Gestern Abend wurde diese
Thatsache bekanntlich noch geleugnet. Jetzt wird
von Laguerre zur Besänftigung der schwachen
Flucht des Pseudo-Nationalhelden angeführt, man
sei davon benachrichtigt worden, daß die „Bande“,
welche jetzt die Gewalt in den Händen habe,
entschlossen gewesen sei, Boulanger vor einen
Ausnahmegerichtshof zu stellen und ihn nicht
lebend wieder aus den Händen zu lassen. Der
Artikel Laguerres schließt: „Der General ist
abwesend. Wir werden aber den Kampf für
die Revision und die nationale Republik fort-
setzen.“

Die Pariser Morgenblätter veröffentlichen
bereits heute eine aus Brüssel, den 2. April,
datirte Proclamation Boulangers, die folgender-
maßen lautet:

„Franzosen!

Die Nachhaber, welche in Misachtung der
öffentlichen Meinung die Regierung führen, ha-
ben es unternommen, einen Generalprokurator zu
zwingen, einen Anklageakt gegen mich zu rich-
ten, über welchen nur von einem durch Aus-
nahmegerichte zu Stande gebrachten Ausnahme-
gericht verhandelt werden kann.

Ich werde mich niemals dazu verstehen,
mich der Jurisdiktion des Senats zu unterwerfen,
der aus Männern besteht, welche durch per-
sönliche Leidenenschaften, thörichten Haß und das
Bewußtsein ihrer Unpopularität verblendet sind.
Die Pflichten, welche mir die Stimmen aller in
gesetzlicher Weise befragten Franzosen auferlegen,
verbieten mir, mich zu irgend einem Willkürakte
herzugeben, welcher die Unterdrückung unserer
Freiheit bezweckt, die Verachtung unserer Ge-
setze darthut und den Willen der Nation bei
Seite setzt.

Am dem Tage, wo ich berufen werde, vor
unsern natürlichen Richtern, seien es die einge-
setzten Gerichtshöfe oder die Geschworenen, zu
erscheinen, werde ich auf die Anklage zu antwor-
ten haben, welche der gesunde Menschenverstand
und das öffentliche Gerechtigkeitsgefühl bereits
zurückgewiesen haben. Ich werde es mir zur Ehre
rechnen, mich dem Rufe dieser Gerichte zu stellen,
welche gute Gerechtigkeit üben werden zwischen
dem Lande und Denjenigen, welche es korrump-
toren, ausbeuten und ruinieren.

Indem ich von hier aus unausgesetzt an
der Erlösung meiner Mitbürger arbeite, werde
ich in diesem Lande der Freiheit abwarten, bis
die allgemeinen Wahlen endlich eine Republik
hergestellt haben werden, in der man wohnen
kann, und welche ehrlich und frei ist.“

Aus Brüssel meldet „W. L. B.“: Eine
von Mons hier eingegangene Depesche meldet,
daß Boulanger und Arene von Brüssel kommend
heute Morgen um 8 Uhr 30 Minuten in Mons
eingetroffen sind. Rochefort, welcher bereits seit
Montag Abend in Mons verweilt, erwartete sie
auf dem Bahnhofe, von wo aus sie sich nach
dem Hotel du Monarque begaben.

Deutschland.

Berlin, 3. April. Im Reichstage er-
griff heute vor Eintritt in die Tagesordnung der
Staatssekretär des Reichsmarineamts Heuser
das Wort:

„Es ist eine schmerzliche Veranlassung, wes-
halb ich heute Ihre Aufmerksamkeit erbitte, bevor
Sie in die Tagesordnung eintreten. Ich meine
das schwere Unglück, das die Marine in den sa-
moanischen Gewässern betroffen hat. Ich darf an-
nehmen, daß aus den Veröffentlichungen seitens der
Admiralität und Marineverwaltung Ihnen die Thatsache
bekannt sein wird, soweit die Nachrichten vor-
liegen. Es sind in der Nacht vom 16. zum 17.
März drei unserer vor Samoa liegenden Schiffe
auf den Strand getrieben durch einen schweren
Orkan, eines jener Naturereignisse von elemen-
tärer Gewalt, wie sie nur in den Tropen vor-
kommen. Zwei dieser Schiffe sind sicher ver-
loren; das dritte wird vielleicht zu retten sein.
Sicherlich ist es schwer beschädigt, so daß es
augenblicklich nicht als effektiv gerechnet werden
kann. Leider ist diesem Ereignis eine große
Anzahl unserer Mannschaften zum Opfer ge-
fallen. Ich glaube, denselben Gefühlen im ganzen
Hause zu begegnen, wenn ich hier der Theilnahme
an den Verunglückten und dem Mitgefühl für
die Hinterbliebenen Ausdruck gebe. (Beifall.)

Ich darf aber nicht unterlassen, auch darauf hin-
zuweisen, daß die Besatzung der Schiffe, Offi-
ziere wie Mannschaften, erneut das Beispiel ge-
geben haben des Aushaltens auf ihrem Posten in
treuer Pflichterfüllung, daß die Gebliebenen
ihre Leben gelassen haben in Erfüllung ihrer
Pflicht, in Befolgung ihrer Treue gegen Kaiser
und Reich. (Beifall.) Die Thatsache, daß die
Verunglückten ihr Leben in diesem Dienst gelassen
haben, legt natürlich der Marineverwaltung auch
die Verpflichtung auf, soweit es an ihr liegt, in
vollem Umfang dafür zu sorgen, das Unglück zu
mildern. Die Marineverwaltung ist sich dessen
voll bewußt und wird dem in ganzem Umfang
Rechnung tragen. (Beifall.) Es ist in öffent-
lichen Blättern ein Zweifel ausgesprochen wor-
den, ob die Sicherheit der Europäer in Apia
durch dieses Ereignis nicht bedroht erscheint. Ich
glaube, daß in dieser Beziehung keine Besorg-
nisse zu hegen sind. Einmal sind die Europäer
in Apia stark genug, um etwaiges feindliches
Verhalten der Eingeborenen zurückzuweisen. So-
dann scheint aber seitens der Eingeborenen ein
feindliches Verhalten auch nicht beabsichtigt zu
sein. Das läßt sich daraus schließen, daß zu-
nächst der älteste Offizier der Station in seiner
Rede über den Unglücksfall keinerlei Andeu-
tungen in dieser Richtung gemacht hat und fer-
ner daraus, daß das englische Kriegsschiff „Cal-
liope“, das am 21. Samoa verlassen hatte, dort
geblieben wäre, wenn die Lage der Europäer be-
droht gewesen wäre. Nichtsdestoweniger ist sich
die Marineverwaltung ihrer Pflicht bewußt, auch
in dieser Hinsicht alle Sicherungen zu treffen, um
etwaigen Anforderungen gerecht zu werden. Es trifft
sich so, daß augenblicklich der deutsche Postdampfer
in Apia sein muß. Der muß etwa am 30. oder
31. März nach Apia gelangt sein. Und wenn
wirklich die Europäer bedroht wären, wäre zu-
nächst damit eine Möglichkeit geboten, die Euro-
päer in Sicherheit zu bringen. Es ist aber aus
den schon vorher erwähnten Gründen absolut
nicht anzunehmen, daß die Eingeborenen feind-
lich auftreten. Weitere Nachrichten, als bisher
eingegangen und veröffentlicht sind, sind zunächst
nicht zu erwarten. Die frühesten Nachrichten,
die etwa hier sein könnten, wären 15. d. Mts.
mit einem amerikanischen Dampfer zu erwarten,
der San Francisco anläuft, von wo aus am 14.
oder 15. Nachricht hier sein könnte. Die näch-
sten brieflichen Nachrichten wären frühestens Ende
des Monats zu erwarten. Außer den Bericht-
stungen, die schon erwähnt sind, gegen die Hin-
terbliebenen, erwachsen der Marineverwaltung noch
andere Verpflichtungen und das ist zunächst der
Gedanke an den Ersatz der Einbuße an materiel-
ler Macht, welche die Marine erlitten hat. Es
sind bereits die einkaufenden Schritte geschehen,
um „Aler“ und „Eber“ zu ersetzen. Ob es
nötig sein wird, die „Olga“ zu ersetzen, ob sie
wieder vollständig dienstfähig sein wird, muß bis
zum Eintreffen brieflicher Nachrichten abgewartet
werden. Sodann bleibt uns die Verpflichtung,
unsere Interessen und das Ansehen unseres Na-
mens in jenem fernen Welttheil dadurch nicht
einbüßen zu lassen. (Beifall.) In dieser Be-
ziehung würde es wohl kaum nötig geworden
sein, mit großer militärischer Stärke aufzutreten,
eine große militärische Macht zu entfalten. Nach

den vorliegenden Nachrichten entsendet aber die
amerikanische Regierung drei Schiffe dahin, und
es würde, wenn wir militärisch dort zu schwach
vertreten wären, möglich sein, daß daraus die
falsche Folgerung gezogen würde, daß das In-
teresse der Reichsregierung an diesen Dingen er-
lahmt ist, und deshalb sind bereits Anordnungen
getroffen, daß in kürzest möglicher Zeit die
Schiffe in einer Stärke und Anzahl dort vertre-
ten sind, die allen Anforderungen, die etwa an
sie herantreten dürften, gerecht werden.“ (Beifall.)
Hierauf trat das Haus in die Tagesord-
nung ein.

Der Kaiser wird, der „Kiel. Ztg.“ zu-
folge, zu der Anfang Mai im Schlosse zu Kiel
stattfindenden Taufe des Sohnes des Prinzen
Heinrich in Kiel eintreffen.

Die der „Frankf. Ztg.“ aus Danzig
vom 31. März gemeldet wird, ist seitens der
Staatsanwaltschaft gegen den früheren Landes-
direktor Dr. Wehr eine Untersuchung wegen
Betrugs in mehrfachen Fällen eingeleitet wor-
den. Es haben bereits Zeugenvernehmungen
stattgefunden.

Die heutigen Londoner Morgenblätter
veröffentlichen den Wortlaut der Briefe Stanleys,
in welcher dieser seinen langen strapaziösen und
gefährlichen Marsch von Jambuya und dem Al-
bert Nyanga-Schilber, wo er am 29. April
vorigen Jahres Emin Pascha traf; bei diesem
verweilte Stanley bis zum 25. Mai. Emin
hatte damals 8000 Mann unter seinem Befehl
und lehrte es ab, Babelai zu verlassen. Die
Stanley berichtet, hat seine Reise länger gedauert
als er erwartet. Am Albert Nyanga angekommen,
sandte er einen Boten an Emin, welcher
seinerseits ihn am See warten ließ, bis er selbst
dorthin komme. Darauf erfolgte dann die Be-
gegung an den Ufern des Sees. Außer Bruce
in Edinburgh hat neben anderen Personen in
England auch Sir Francis de Winton, Sekretär
des Emin-Komitees, einen Brief erhalten. Die
Briefmarke des Schreibens trägt den Poststempel
„Februar“, woraus ersichtlich ist, daß der Brief
5 Monate nach der Rückkehr unterwegs war.

Nach weiteren Nachrichten des „Neu-
terischen Bureau“ aus A. d. L. d. v. vom heu-
tigen Tage hat der Orkan, welchem die Schiffe
vor Apia zum Opfer fielen, namentlich in Tahiti
bedeutende Verwüstungen angerichtet. Viele Per-
sonen sind getödtet, die Hauptstadt steht unter
Wasser. Auf der Insel Tonga kamen 30 Per-
sonen bei dem Unwetter ums Leben.

Die Amerikaner scheinen ihre Geschwader
vor Samoa gegen früher noch verstärken zu
wollen. Aus New York wird von gestern
depechiert:

Das Kriegsschiff „Trogus“, welches sich
gegenwärtig in Mare Island befindet, und das
Kriegsschiff „Benfale“ in Norfolk haben Be-
fehl erhalten, sich zum Abgang nach Samoa be-
reit zu halten.

Usland.

Paris, 2. April. Wenn der Generalstaats-
anwalt Bouchez darauf gerechnet hat, daß die Re-
gierung über seinen Nachfolger in Verlegenheit
gerathen würde, so hat er sich geirrt, denn das
Amtsblatt meldet bereits seinen Nachfolger am
Pariser Appellhofe, es ist der Generaladvokat
Quenay de Beaurépaire. Die Regierung hat
drei Tage nach Bouchez' Erklärung erwartet, sie
geht langsam voran, aber sie geht voran und
läßt sich nicht durch die Ungebuldigen behindern.
Der „Matin“ ruft der Regierung zu: „Geht voran;
wer die Republik liebt, wird euch folgen. Das
Unternehmen ist vielleicht andenkbar, aber ihr
kann eure Hände in Unschuld waschen! Wer
euch der Herausforderung zeigen wollte, der er-
scheibe sich, wenn er nicht fürchtet, sich lächer-
lich zu machen. Wir wollten eine duldende, eine
Republik der Freiheit gründen; aber so hat
man uns gedankt! Denkt davon. Ihr kennt
die Geschichte von dem Löwen, der alt geworden
und mißhandelt wurde. Aber eines schönen Ta-
ges erhob er die Lappe, öffnete den Rachen und
es war vorbei mit Boulanger!“ Der „Figaro“
beschuldigt Bouchez offen der Sympathie für Bou-
langer; die „Rep. Fr.“ behauptet, Bouchez habe
aus politischen Rücksichten gehandelt; sein Ver-
fahren sei eine Feindseligkeit gegen die Regierung

selber. Die Zukunft werde indeß bald heraus-
stellen, ob Bouchez bloß seiner Ueberzeugung als
Richter gefolgt sei oder seinen Namen in „das
goldene Buch“ der Boulangerie habe einschreiben
wollen. Wie dem aber auch sein mag, so viel
steht fest, durch Bouchez' Weigerung, an Bou-
langer sich zu vergreifen, ist der Fall so zuge-
spielt, daß das Ministerium durchgreifen oder
weichen muß; und nur die Feigheit oder der
Eigennutz kann der Regierung jetzt noch rathen,
die Sache fallen und den braven General laufen
zu lassen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 4. April. Der „Verein ehemaliger
Jäger und Schützen“ feierte am 1. April in der
alten Liedertafel (Kohrer) den Geburtstag Sr.
Durchlaucht des Fürsten Bismarck. Der Anlaß
zu der Feier war ein doppelter und zwar im
Rückblick auf die Stellung des Fürsten als deut-
scher Reichskanzler und auf seine frühere Eigen-
schaft als Mitglied der Jägerwaffe. Die Feier
verlief in der besten Weise; die Konzertmusik
wurde von der Engelhardt'schen Musikkapelle aus-
geführt, — der Gesangsverein des Herrn Lehrers
Brulke, sowie einige Damen und Herren ver-
schönten das Fest durch patriotische und humo-
ristische Vorträge, so daß die zahlreich Erschienenen
in der gemüthlichsten Stimmung bis zum Mor-
gen zusammenblieben. In der mit einem Hoch
auf Sr. Majestät den Kaiser beginnenden Fest-
rede wurde der Reichskanzler als Mensch und
Christ gefeiert. Auf die großen Thaten, welche
der Fürst zu Deutschlands Wohl vollbracht wurde,
da sie in Aller Gedächtnis sind, nur im Allge-
meinen hingewiesen. An den Reichskanzler wurde
folgendes Telegramm als Glückwunsch gesandt:

„Es bringt die grüne Farbe
Gleich wie im vorigen Jahr
Dem Kanzler unseres Reiches
Den innigsten Glückwunsch dar!
„Gott möge uns erhalten
Bei ungeschwächter Kraft
Den Mann von „Stahl und Eisen“,
Der so viel Gutes geschafft!
Erstarrt sind wir vor Allem,
Daß er als Kamerad
Einstmals uns angehört
Im grünen Jägerstahl.
Ein donnernd dreifach Hoch
Steigt heute froh empor
Zum Heile Eurer Durchlaucht
Zum treuen Jägerkorps.“

Die alle vom Verein veranstalteten patrio-
tischen Festlichkeiten verlief auch diese Feier in
ungezwungener Fröhlichkeit. Der Verein wünsch-
te und ist bereits auf 60 Mitglieder gestiegen,
doch wäre zu wünschen, wenn alle hier wohnenden
Jäger demselben beitreten würden, um ihn noch
mehr zu unterstützen und zu kräftigen.

Ein Enkel des alten Kneip, der 19-jäh-
rige Schützling Otto Kneip, welcher auch bei
der Anwesenheit des Fürsten Kneip in unserer
Stadt als kühner Springpferd-Reiter sich aus-
zeichnete, ist vorgestern in Wien in Folge einer
Lungenlähmung plötzlich vom Tode ereilt worden.

Die königlichen Steuerämter haben den
Apothekenbesitzer nachstehende Mitthei-
lung ausgehen lassen: „Zur Folge einer höheren
Orts ergangenen Entscheidung darf zu Heil-
zwecken und naturlicher Spiritus nur dann abge-
lassen werden, wenn die daraus zu bereittenden
Fabrikate 1) zweifellos als zu Heilzwecken geeig-
net anzusehen sind, 2) zum menschlichen Genuß,
sei es in reinem, sei es in verdünntem Zustande
— als Trinkbrautwein — nicht dienen können.
Demgemäß sind, soweit sich dies von hier aus
ohne nähere Prüfungen der einzelnen Präparate
feststellen läßt, nachstehend aufgeführte Mischun-
gen, als: Spiritus aetheris resp. aethereus,
Spiritus juniperi, Spiritus melissae, Spiritus
lavandulae, Spiritus melissae compositus, Spi-
ritus menthae piperitae, Spiritus aurantii cor-
ticis, Spiritus menthae crispae, Spiritus can-
lami, Tinctura absinthii, Tinctura calami für
die Folge von der Vergünstigung der Steuer-
freiheit auszuscheiden. Sollte zur Herstellung
derartiger Fabrikate bereits unverfälschter Brenn-
wein unter der Voraussetzung der Steuerfreiheit
benutzt worden sein, so wird für die
Vergangenheit von der Einziehung der Ver-
brauchsabgabe abgesehen und auch die Maßsch-

Vollständiger zur Vergütung liquidirt werden; für die Zukunft aber, und zwar sofort nach Empfang dieser Verfügung, ist nach den obigen Grundsätzen zu verfahren. — Schließlich wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß über die ordnungsmäßige Verwendung des Branntweins genauer Nachweis zu führen ist und daß beim Unterlassen dieses Nachweises die Genehmigung zur steuerfreien Verwendung undenkbar ist. Branntwein entzogen werden müßte.

Der diesjährige (18.) Abgeordnetentag des deutschen Kriegerbundes wird während der Pfingstfeiertage und zwar vom 8.—11. Juni in Wiesbaden abgehalten werden.

Die Schiffsahrt zwischen hier und Swinemünde ist nunmehr eröffnet und fallen für die Folge die Eisbrecherabgaben fort. Der Dampfer „Waldeck“ geriet vorgestern Morgen auf der Fahrt von hier nach Swinemünde auf das Wrack des gesunkenen Dampfers „Uffo“ und erhielt ein Leck, welches ihn zwang, kurz vor den Molen an der Kaiserfahrt auf Grund zu gehen.

In der letzten Zeit sind bei der königl. Polizei-Direktion als gefunden angemeldet: 1 Taschmesser — 1 Milchkanne — mehrere Schlüssel — 1 gold. Ohrring — 1 leinener Beutel — 1 Kontobuch — 1 Reiseroute — 1 Hebevorrichtung — 1 Ueberzieher — Portemonnaies mit Inhalt — Handschuhe — 1 Arm-band — 1 Hund — 1 Pincenez — 1 Oberhemde — 1 Blechschüssel — 1 5-Pfundstück — 1 Brille — 1 Rolle — 1 Rindermuff — 1 Broche — 1 Trauring — 1 Reisefleisch — 1 Bäckchen Briefpapier — 1 Aufgabenbuch zum Zifferrechnen — 1 Huhn — 1 Wagenlaterne — 1 Mulde Fleisch — 1 Taschentuch. Die Verlierer werden hiermit aufgefordert, sich zur Geltendmachung ihrer Eigentumsrechte binnen drei Monaten zu melden.

(Ornithologischer Verein.) Sitzung vom 18. März. Vorsitzender Herr Oberforstmeister v. Barendorf, später Herr Dr. Bauer. Den größten Theil der Sitzung nimmt die Besprechung über die Herausgabe von Brutelern an Landbesitzer in Anspruch. Bereits mehrere Jahre hatte der Verein Brutelern von Nachbarn an kleine Landbesitzer gratis vertheilt, in vielen Fällen aber haben es die Empfänger nicht einmal der Mühe werth gehalten, dem Verein über die Resultate zu berichten. Deshalb unterließ die Vertheilung im vorigen Frühjahr. In diesem Jahre aber ist die Sache wieder von verschiedenen Seiten angeregt und empfiehlt namentlich Herr A. Reimer, hinweisend auf die nicht wegzuleugnenden Resultate, die doch der Verein durch seine jahrelangen Bestrebungen in näherer und weiterer Umgebung Stettins erzielt habe, Brutelern zu veranlassen. Er empfiehlt aber diesmal, nur bestimmte nahe-liegende Distrikte ins Auge zu fassen und im nächsten Jahre einen anderen Bezirk zu wählen. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden und sollen die Brutelern durch folgende Herren nach den betreffenden Distrikten vertheilt werden. Durch Herrn Dr. Bauer nach Neuendorf und Stolzenhagen, durch Herrn Haselbach nach Scholwin, durch Herrn Scharf nach Franendorf und Goplow, durch Herrn Röhl nach Nemitz, Warlow und Bussow. Reflektanten haben sich an die genannten Herren zu wenden. Es sollen verausgabt werden weiße, rehhuhsfarbige, schwarze und chamoisfarbene Stacheln, sowie Spanier, und zwar wieder kostenlos. Jedoch sollen die Empfänger angehalten werden, über die Resultate im Herbst Bericht zu erstatten. — Der Vorsitzende theilt mit, daß vom Prof. Liebe in Vera eine kleine Broschüre über das Aufhängen von Nistkästen erschienen sei. Aufgenommen sind die Herren Töpfer, Schröder, Witte, Dorn, Horn und Hölzel. Angemeldet wird ein neues Mitglied. Schließlich weist Herr Dr. Bauer auf den Abgang des Herrn Baake, der seit Jahren thätiges Mitglied des Vereins ist, hin, und spricht ihm den Dank des Vereins aus für seine erprießliche Thätigkeit in demselben. Herr Baake dankt für diese Aufmerksamkeit und bittet um Nachsicht, da er in letzter Zeit aus Gesundheitsrückgründen sich doch nicht der gewohnten Thätigkeit im Verein so hingeben konnte, wie er es selbst gewünscht hätte.

Die Stettiner Schulverwaltung und die preussische Staatsverfassung.

(Fortsetzung.)

Der Stettiner Besoldungsplan vom 12. Dezember 1885, welcher in § 1 festsetzt, er habe „nur die Bedeutung einer durch Beschluß der städtischen Behörden abänderlichen Verwaltungsnorm und giebt keinem Lehrer und keiner Lehrerin das Recht auf Erhöhung des Gehalts“, steht also im groben Gegensatz zur Verfassung, wie zum Ministerialerlaß vom 17. Juli 1867 und entzieht den Lehrern die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte auf ein festes, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen.

2) Der Staat bedarf, um seine Beamten zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten, gewisser Disziplinarrechte. Damit er nun nicht willkürlich verfähre, bestimmt der Artikel 98 der Verfassung:

„Die besonderen Rechtsverhältnisse der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten . . . sollen durch ein Gesetz geregelt werden, welches . . . den Staatsbeamten gegen willkürliche Entziehung von Amt und Einkommen angemessenen Schutz gewährt.“

Dieses Gesetz ist erschienen am 21. Juli 1852 und heißt: „Gesetz betreffend das Disziplinarverfahren gegen nicht richterliche Beamte.“ Da der Artikel 23 der Verfassung im 2. Abschnitt festsetzt:

„Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Staatsdiener“, so fallen alle an öffentlichen Schulen angestellten Lehrer unter das Disziplinargesetz, und damit sich jeder dessen klar bewußt werde, lautet der § 1 desselben:

„Das gegenwärtige Gesetz findet . . . auf alle in unmittelbarem oder mittelbarem Staatsdienste stehenden Beamten . . . Anwendung.“

Zu den Beamten, welche in mittelbarem Staatsdienste stehen, zählen alle Lehrer, welche an städtischen Schulen angestellt sind, die Lehrer an den Volksschulen sowohl, als die an den städtischen Gymnasien. Die Befehlshaltungen derselben können also nur in den Grenzen des Disziplinarstrafgesetzes stattfinden. Nach § 24 desselben sind nur die Behörden dazu befugt, welche den Beamten angestellt haben. Dem Volksschullehrer stellt aber nach Artikel 24 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 der Staat an; denn im Abschnitt 3 desselben Artikels heißt es:

„Der Staat stellt, unter geistlich geordneter Betheiligung der Gemeinden, aus der Zahl der Befähigten die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an.“

Die gesetzlich geordnete Betheiligung der Gemeinden besteht nach dem Min.-Erl. vom 16. Oktober 1868 (Erl. 1868, S. 722) in dem „Recht der Wahl, der Berufung und der Präsentation“ der Lehrer, nicht aber in irgend einer disziplinarischen Gewalt über dieselben. Der Min.-Erl. vom 5. Juli 1862 (Erl. 1862 S. 434) setzt ausdrücklich auseinander:

„Den Privatpatronen steht eine Disziplinarergewalt über die von ihnen berufenen, oder mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde auf Kündigung angenommenen Lehrer nicht zu.“

Beide Ministerial-Erlasse stehen im Einklang mit der Verfassung und dem Disziplinarergesetz, welches dazu noch in § 1 die Beifügung enthält: „Das . . . Gesetz findet unter den darin ausdrücklich gemachten Beschränkungen . . . Anwendung“, und im § 100 hinzugefügt: „Alle diesem Gesetz entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben.“

Da nun der Stettiner Volksschullehrerbesoldungsplan vom 12. Dezember 1885 die Bestimmung enthält: „Die sämtlichen Dienstalterszulagen werden nur bei untadeliger Dienstführung und zufriedenstellenden Leistungen auf den Vorschlag der Stadtschuldeputation von dem Magistrat . . . festgesetzt“, so wird jeder Leser bei dem Vergleich mit den geltenden Gesetzen sofort einsehen, daß diese Bestimmung ungültig, ja

ein Verstoß gegen die den Lehrern durch die Verfassung gewährleisteten Rechte ist.

Nur die Staatsbehörde ist berufen, darüber zu entscheiden, ob einem Lehrer die Dienstalterszulagen wegen tadelnswerther Dienstführung oder nicht zufriedenstellenden Leistungen gekürzt werden dürfen, und sie hat sich dann in den Grenzen des § 19 des Disziplinarstrafgesetzes zu halten, welcher dem Minister erlaubt, einem Lehrer das Gehalt „bis zum Betrage des monatlichen Dienstlohns“, und der Regierung, dem Lehrer das Gehalt „bis zu dreißig Thalern, aber nicht über den Betrag des monatlichen Dienstlohns hinaus“ zu kürzen. Dem Kreisschulinspektor (das ist in diesem Falle in Stettin der Herr Generalsuperintendent Böttger) kann nach § 19 des Disziplinarstrafgesetzes, weil er „dem Landrath seines Inspektionskreises gleich geordnet ist“, von der königlichen Regierung das Recht übertragen werden, Ordnungsstrafen bis zu 3 Thalern über die Lehrer zu verhängen und Bemannungen und Bemannungen zu erteilen. Dem Lokalschulinspektor aber (das ist hier Herr Dr. Krosta) und mit ihm der Stadtschuldeputation steht nach der Instruktion vom 26. Juni 1811 und den Min.-Erläusen vom 12. Juni 1843 (Glebe, Verord.) und 27. Juli 1874 nur zu, die Lehrer zu ermahnen oder zurechtzuweisen, und „wenn das nicht fruchtet, der Regierung davon Anzeige zu machen, welche dann in geeigneter Weise einzuschreiten hat“. Selbstständig aber Bemannungen und Bemannungen, ja sogar scharfe Bemannungen und Bemannungen zu erteilen, wie sich das Herr Dr. Krosta nicht bloß gegen Direktoren und Lehrer an den Volksschulen (A. B. gegen Herrn Rektor Blankenhagen und Herrn Lehrer Mischke), sondern sogar gegen solche an den Vorlesungen der Gymnasien (z. B. Herrn Lehrer Supply) erlaubt hat, ist hiernach weder die Schuldeputation noch der Lokalschulinspektor, Dr. Krosta, berechtigt.

Noch viel weniger aber ist Herr Dr. Krosta, die Stadtschuldeputation und der Magistrat berechtigt, einem Lehrer das Gehalt bis zu 50, 100 und mehr Mark zu sperren (z. B. im Falle des Herrn Lehrer Ueder); dies ist vielmehr einmal eine Verletzung der den Lehrern durch die Verfassung gewährleisteten Rechte.

Und nun zu den §§ 3 bis 7 des Stettiner Volksschullehrerbesoldungsplans und zu der Mei-

nung gewisser Herren der Finanzkommission, der Stadt, also dem Magistrat, gebühre das Recht, auf die Lehrmethode der Lehrer an den Volksschulen Einfluß zu üben.

3) Nach Artikel 24 der Verfassungsurkunde „steht der Gemeinde nur die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule zu“.

Daraus folgt von selbst, daß der Magistrat nicht das Recht besitzt, Einfluß auf die Lehrmethode der Lehrer an den Volksschulen zu üben. Es ist allein der Staat, welcher die Aufsicht hierüber hat. Dieses Recht ist ihm durch den Artikel 23 der Verfassung mit den Worten gewährleistet:

„Alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter Aufsicht vom Staate ernannter Behörden“,

und das Gesetz, betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens vom 11. März 1872 fügt hinzu:

„Demgemäß handeln alle mit dieser Aufsicht betrauten Behörden und Beamten im Auftrage des Staates.“

Die Ernennung der Lokal- und Kreisschulinspektoren und die Abgrenzung ihrer Aufsichtsbereiche gebührt dem Staate allein. Der vom Staate den Inspektoren der Volksschule erteilte Auftrag ist, sofern sie dies Amt als Neben- und Ehrenamt verwalteten, jederzeit widerruflich.“ (Hort. folgt.)

Preis-Ausschreiben.

Die Bestimmungen der Unfallversicherungsvorschriften der Fuhrwerks-Verufsgenossenschaft, insbesondere die im § 3 enthaltenen, daß Wagen, deren Ladung dem Kutscher keinen sicheren Sitz bietet, mit einem besonderen Sitz mit festem Trittbrett und Rücken- sowie Seitenlehnen versehen sein müssen, werden in den seltensten Fällen befolgt, weil den Fuhrunternehmern und auch vielen Wagenbauern und Schmieden geeignete Konstruktionen unbekannt sind. Insbesondere trifft dies zu bei der Benutzung sogenannter Langholz- und anderer Arbeitswagen, die ohne Boden- und Seitenbrettern oder -Leitern gefahren werden und bei denen (wenn sie unbeladen sind) der Lenkhebel mit den Rungen vollständig lose ist. Um nun geeignete Konstruktionen kennen zu lernen und dieselben den Mitgliedern der Fuhrwerks-Verufsgenossenschaft und anderen Fuhrwerksbesitzern zur Verwendung bekannt geben zu können, ist ein Preis von 150 Mark für die beste und 50 Mark für die zweitbeste Konstruktion unter folgenden Bedingungen ausgesetzt:

- 1) Es ist die Konstruktion sowie Befestigungsart von sicheren Sitz- mit festem Trittbrett, Rücken- und Seitenlehnen an Langholz- und anderen Arbeitswagen, die in der Regel ohne Boden- und Seitenbrettern oder -Leitern gefahren werden, sowie an Steine-, Schutt- und anderen Arbeitswagen zu zeigen.
- 2) Die Sitze mit allem daran Befindlichem dürfen beim Be- oder Entladen des Wagens nicht hinderlich sein, auch leicht abzunehmen, fortzubiegen oder bei Seite zu schieben gehen.

Der erste Preis wird um 150 Mark, der zweite um 50 Mark erhöht, wenn an der gleichen Art Wagen Konstruktionen von Brems- oder Hemm-Vorrichtungen gezeigt werden, die der Ladung, sowie beim Be- oder Entladen der Wagen nicht hinderlich, von dem Kutscher aus zu handhaben und zu jeder Zeit gebrauch- und wirkungsfähig sind.

Die Preise für Sitze und Brems- bzw. Hemm-Vorrichtungen können auch getheilt, dem Einen für Sitze, dem Anderen für Hemm-Vorrichtungen, vergeben werden; auch können die zweiten Preise zu den ersten hinzugezählt werden, wenn sich keine Konstruktionen finden, die in zweiter Linie zu empfehlen wären.

Zugelassen sind nur Modelle oder Zeichnungen, letztere von $\frac{1}{10}$ der natürlichen Größe der darzustellenden Gegenstände; den Preisbewerbern steht es frei, außerdem noch ihre Konstruktionen in wirklicher Größe und Ausführung an einem noch zu bestimmenden Tage den Preisrichtern vorzuführen. Modelle und Zeichnungen verbleiben bis zum Schluß der Ausstellung für Unfallversicherung in der Kollektiv-Ausstellung „Deutsches Verkehrs-Gewerbe“. Interessenten, welche an der Preisbewerbung sich betheiligen wollen, müssen dies bis zum 1. Mai d. J. unter Beifügung einer kleinen Skizze der einzuschickenden Konstruktion der Redaktion der Zeitschrift „Deutsches Verkehrs-Gewerbe“ (Organ der Fuhrwerks-Verufsgenossenschaft), Berlin NO., Georgenkirchstraße 46, anmelden und die Preisarbeit, Modell oder Zeichnung bis zum 10. Mai d. J. einreichen. Die Prüfung derselben durch ein Preisrichterkollegium und die Preisvertheilung findet bis zum 20. Mai d. J. statt.

Aus den Provinzen.

† Kolberg, 2. April. Der Kreistag des Kreises Kolberg-Röhl hat den Kreishaushalts-Etat pro 1889 in Einnahme und Ausgabe auf 140,446 Mark 69 Pf. festgesetzt, unter den Ausgaben befinden sich 32,377 Mark 74 Pf. zur Unterhaltung der Kreischauffeen und 29,486 Mark 39 Pf. zur Unterhaltung der Provinzialchauffeen und an Provinzialabgaben und Unterhaltung der Provinzialanstalten 17,260 Mark. — In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde ein Schreiben des Generalkommandos des 2. Armee-Korps zur Kenntnis gebracht, worin mitgeteilt wurde, daß von der Verlegung der

beiden Infanterie-Bataillone Abstand genommen sei, nachdem sich die Stadt bereit erklärt hat, die Kasernen, den Exercierplatz und die Schießstände zu verbessern, auch ein größeres Terrain für den Felddienst zur Verfügung zu stellen.

* Stolp, 2. April. Die hiesigen Maurergesellen haben gestern die Arbeit eingestellt, obwohl sich die Meister entgegenkommend gezeigt haben. Die Gesellen fordern einen Tagelohn von 3 Mark 50 Pf. bei 10stündiger Arbeitszeit, die Meister haben eingewilligt, diesen Lohnsatz zu zahlen, aber nur für eine 11stündige Arbeitszeit. Darauf sind die Gesellen nicht eingegangen, sondern haben Arbeits-Einstellung beschlossen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: 3. Gastspiel des herzoglich sachsen-meiningschen Hoftheaters. Zum 3. und letzten Male: „Julius Caesar.“ Tragödie in 5 Akten. — Belle-vue-Theater: Zu halben Preisen (Parquet 50 Pf.). „Sedonia von Bord.“

Vermischte Nachrichten.

— Eine sensationelle Meldung über einen höchst verwegenen Bankraub liegt aus Denver (im westlichen Amerika) vor. Der Kassirer der First-National Bank erzählt, daß ein elegant gekleideter Mann am Freitag in der Bank erschien und in höflicher Weise fragte, ob er nicht Mr. Moffat, den Präsidenten der Bank, der auch Präsident der Rio Grande Eisenbahn-Gesellschaft ist, sprechen könne. Die Unterredung wurde sofort gewährt, und als der Mann mit Mr. Moffat allein war, sagte er ihm, er hätte Kenntnis von einem Komplott zur Verübung der Bank. Er ersuchte Mr. Moffat um einen blanken Ched, um ihm die Waise, in welcher der Schwindel bewerkstelligt werden sollte, zu erklären. Nichts argwöhnend, legte ihm Mr. Moffat einen blanken Ched vor, worauf der Fremde sofort einen geladenen Revolver aus der Tasche zog und mit diesem in einer Hand und einer Dynamitpatrone in der anderen verlangte, daß Mr. Moffat den Ched für 21,000 Dollars ausfülle, und hinzusetzte, daß, wenn er das mindeste Geräusch mache, er (der Fremde), da er von allen Mitteln gänzlich entblößt und verzweifelt sei, ihn tödtet und die Bank in die Luft sprengen würde. Moffat, der seine Lage sofort begriff, beschloß, dem Verlangen stattzugeben, und nachdem er den Ched für die verlangte Summe ausgefüllt und unterzeichnet hatte, begab er sich, gefolgt von seinem Kasse, zu dem Kassirer und ersuchte ihn, den Ched auszuzahlen. Dies geschah unverzüglich, und der Räuber entkam mit dem Gelde, ehe Mr. Moffat in seiner Angst die Situation erklären konnte.

Bankwesen.

(Aurheffische Eisenbahn-Anleihe von 1863.) Die nächste Ziehung findet im April statt. Gegen den Kursverlust von ca. 4 Pct. bei der Auslösung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 12 Pf. pro 100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

† Posen, 3. April. (Privattelegramm.) Der Kaiser übergab dem Oberpräsidenten 10,000 Mark für die Ueberschwemmten.

Wien, 3. April. Der Metropolit der Herzegowina, Perovic, hat heute Vormittag den Eid in die Hände des Kaisers abgelegt.

Pest, 3. April. Unterhaus. Das Wehrgesetz ist mit der Gajarschen Sprachresolution mit überwiegender Majorität angenommen und demnächst dem Oberhause übergeben worden.

Rom, 3. April. Nach in vergangener Nacht aus Abyssinien eingetroffenen Nachrichten ist der Negus an den Wunden, welche er in dem letzten Gefecht gegen die Dermische bei Metemeh erhalten hat, gestorben.

Guatemala, 1. April. Minister-Ressort v. Bergen überreichte am gestrigen Tage in feierlicher Audienz dem Präsidenten, General Barillas, die Insignien des ihm vom deutschen Kaiser verliehenen Kronen Ordens 1. Klasse.

Wasserstand.

Dder bei Breslau, 2. April, 12 Uhr Mittags, Oberpegel — Meter, Unterpegel + 2,02 Meter, Brielg. 2. April, 7 Uhr Vormittags, Oberpegel 5,56 Meter, Unterpegel 3,96 Meter. Olegan, 2. April, 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,93 Meter. Fällt. Steinau a. D., 2. April, 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,54 Meter. Fällt. — Elbe bei Dresden, 2. April, + 2,42 Meter. Magdeburg, 2. April, + 4,88 Meter.

Bromberg, 2. April. Wasserstand der Weichsel bei Brahmünde am 2. April 7,18 Meter. Bromberg, 2. April. Der Schiffsahrtbetrieb beginnt am 3. April.

Posen, 2. April. Das Wasser der Warthe ist auf 5,73 Meter gefallen. Da aus Pogorzelle andauerndes Fallen des Wassers gemeldet wird, ist hier die Gefahr vorüber. — Das Telegramm, welches die Kaiserin Friedrich aus Anlaß der Hochwassersnoth an den Oberpräsidenten gerichtet hat, lautet: „Eure von erneuten Ueberschwemmungen, bin sehr betrübt darüber. Bitte, lassen Sie mich wissen, wie es in der Stadt Posen und Umgegend aussieht.“